

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 12.01.2016

Mehr Polizei für Niedersachsens Sicherheit!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Zur Verbesserung der Sicherheit der Niedersachsen und aus Fürsorge gegenüber den Polizistinnen und Polizisten ist die Einstellung von zusätzlichen Polizeianwärterinnen und -anwärtern und Personal für die Polizeiverwaltung dringend notwendig. Die von der Landesregierung zuletzt in ihrer Antwort auf die Große Anfrage (Drs. 17/4170) aufgestellte Behauptung, es sei genug Personal vorhanden, ist falsch. Die im Landeshaushalt 2016 geplanten zusätzlichen Polizeianwärter gleichen lediglich die steigenden Personalabgänge aus. Ein weiter gehender Antrag der CDU-Landtagsfraktion für zusätzliche Polizeianwärterstellen und Beschäftigte für die Polizeiverwaltung wurde von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 abgelehnt.

Zugleich plant die Landesregierung zahlreiche Maßnahmen, die die Polizei massiv behindern oder ein ausgesprochenes Misstrauen gegenüber der Polizei offenbaren. Mit der Beschwerdestelle beim Staatssekretär des Innenministeriums wurde eine solche Maßnahme auch bereits umgesetzt.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. 1 000 zusätzliche Dienstposten für die niedersächsische Polizei in den nächsten vier Jahren zu schaffen. Mit 250 zusätzlichen Polizeianwärterinnen und Anwärtern pro Jahr und deren späterer Übernahme wird die Sicherheit der Niedersachsen deutlich verbessert.
2. 200 zusätzliche Vollzeiteinheiten für die Polizeiverwaltung zu schaffen, um eine schnelle Entlastung des Polizeivollzugsdienstes zu erreichen,
3. die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten zu erhöhen,
4. die Beschwerdestelle beim Staatssekretär des Innenministeriums aufzulösen, weil diese keine Ergebnisse bringt, sondern als Ausdruck des Misstrauens der Landesregierung gegen die Polizei wahrgenommen wird,
5. sich klar von ihren Plänen zur individuellen Kennzeichnung der Polizeibeamtinnen und Beamten zu verabschieden,
6. ihre Pläne zur Einschränkung der Befugnisse der Polizistinnen und Polizisten, die sie brauchen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, aufzugeben.

Begründung

Die Sicherheitslage in Niedersachsen ist angespannt. Die Aufgaben und Bedrohungen, die unsere Polizistinnen und Polizisten bewältigen müssen, sind in den letzten Jahren beständig gestiegen. Die niedersächsische Polizei leistet hervorragende Arbeit. Die islamistische Terrorgefahr, politischer Extremismus, organisierte Kriminalität und Clankriminalität, durchreisende Banden, die Autos, Häuser und Wohnungen aufbrechen, Internetkriminalität, Gewalt bei Fußballspielen und die Flüchtlingskrise überfordern trotz beispiellosen Engagements mehr und mehr die Leistungsfähigkeit unserer Polizei.

Die Gewerkschaften in der Polizei fordern daher immer lauter eine stärkere Anerkennung der Arbeit der Polizei und vor allem mehr Personal. Polizistinnen und Polizisten beklagen einmütig, dass sie „nicht mehr aus den Stiefeln“ herauskämen. Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte und die von ihnen teilweise tagtäglich erlebte Missachtung, insbesondere gegenüber Polizistinnen, zermüht diese Staatsdiener.

Das Lehrpersonal an der Polizeiakademie wird aufgrund der Aufstockung der Zahl der Polizeianwärterinnen und -anwärter erhöht werden müssen. Dabei muss die Möglichkeit geschaffen werden, geeignete pensionierte Polizeibeamte auf freiwilliger Basis als Lehrkräfte an der Polizeiakademie einzusetzen.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender